



Antrag

der Fraktion der SPD

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von eventuell rechtswidrigen Handlungen und Unterlassungen des Ministerpräsidenten Dr. Barschel, der Mitglieder, Mitarbeiter und Helfer der Landesregierung gegen zum 11. Landtag kandidierende Parteien und ihre Repräsentanten.

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Artikel 15 der Landessatzung in Verbindung mit § 10 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird ein Untersuchungsausschuß zur Aufklärung von eventuell rechtswidrigen Handlungen und Unterlassungen des Ministerpräsidenten Dr. Barschel, der Mitglieder, Mitarbeiter und Helfer der Landesregierung gegen zum 11. Schleswig-Holsteinischen Landtag kandidierende Parteien und ihre Repräsentanten eingesetzt.

Der Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß ein, der aus 10 Mitgliedern besteht.

Der Untersuchungsausschuß wird im öffentlichen Interesse folgende Tatbestände aufklären:

- I. Planung Duldung und Durchführung von möglicherweise rechtswidrigen Aktionen im Landtagswahlkampf, insbesondere gegen Parteien und deren Repräsentanten, durch Mitglieder und Mitarbeiter der Landesregierung und deren etwaige Helfer, insbesondere durch den Ministerpräsidenten Dr. Barschel und seinen Referenten Pfeiffer.
- II. Möglicherweise pflichtwidrige Tätigkeiten und Unterlassungen von Mitgliedern und Mitarbeitern der Landesregierung zugunsten der Regierungspartei während des Landtagswahlkampfes.
- III. Umstände der Einstellung des Medienberaters Pfeiffer in den Landesdienst, seine Tätigkeiten in bezug auf politische Parteien und deren Repräsentanten und seine Zusammenarbeit mit

Dienststellen sowie die Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch seine Vorgesetzten, insbesondere den Ministerpräsidenten Dr. Barschel.

- IV. Maßnahmen und Unterlassungen der Landesregierung und Dienststellen im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung zur Aufklärung der von Pfeiffer u.a. zur Beeinflussung des Landtagswahlkampfes geplanten und durchgeführten Aktionen.

Begründung:

Im Vorfeld des schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampfes hat es eine falsche Anschuldigung wegen angeblicher „fortgesetzter Steuerhinterziehung“ gegen den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Björn Engholm, sowie Maßnahmen zur Ausforschung seiner Privatsphäre gegeben.

Im Vorfeld des Landtagswahlkampfes und im Wahlkampf selbst soll es Versuche von Stellen der Landesregierung gegeben haben, Einfluß auf das Parteileben und die öffentliche Darstellung von UWSH und Grüne zu nehmen.

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Uwe Barschel, sowie Mitglieder und Mitarbeiter der Landesregierung sollen an diesen Handlungen beteiligt gewesen sein.

Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf Aufklärung über Maßnahmen gegen Parteien und ihre Repräsentanten sowie über diesbezügliche Handlungen des Ministerpräsidenten und von Mitgliedern und Mitarbeitern der Landesregierung.

Björn Engholm

Gert Börnsen

Gisela Böhrk

Gerhard Poppendiecker

Uwe John

Peter Wellmann

Rolf Selzer

Dr. Jürgen Hinz

Dr. Klaus Klingner

Dr. Joachim Lohmann

Wilhelm Marschner

Peter Zahn

Gyde Köster

Jens Vollert

Sabine Schröder

Günter Neugebauer

Manfred Sickmann

Lianne Paulina-Mürl

Uwe Jensen

Gert Roßberg

Ulrich Meyenborg

Sigrid Warnicke

Heinz-Werner Arens

Ute Erdsiek-Rave

Frauke Walhorn

Horst Hager

Rudolf Johna

Ursula Kähler

Ruth Springer

Uwe Amthor

Heide Moser

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Rüdiger Möbusz

Uwe Gunnesson

Hans Wiesen